
Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management, Heft 1/2021

Inhalt

Andrea D. Bührmann, Laura Dobusch und Ines Weller

Editorial zum Schwerpunktthema: Klimakrise, Diversität und Ungleichheitsverhältnisse: Aktuelle Wechselwirkungen und Transformationen	3
--	---

Schwerpunktthema: Klimakrise, Diversität und Ungleichheitsverhältnisse: Aktuelle Wechselwirkungen und Transformationen

Beiträge aus der Wissenschaft

Martin Hultman

Ökologische Männlichkeiten: Auf dem Weg zu einer neuen Normalität?	8
--	---

Ulrike Röhr und Ines Weller

Zum Umgehen von und Umgang mit Ungleichheiten in der Klimapolitik und der Forschung für eine klimafreundlichere Gestaltung des Alltags	23
---	----

Interviews

Interview mit Sybille Bauriedl: „Es fehlen offensive Debatten zu impliziten Gerechtigkeitsverständnissen klimapolitischer Strategien“	39
--	----

Interview mit Christine Katz: „Ökologische Ansprüche und soziale Gerechtigkeit müssen in Arbeits- und Produktionsverhältnissen mitgedacht werden“	47
--	----

Forschungsskizzen und Positionen

Katharina Bohnenberger und Martin Fritz

Klimagerechtigkeit, Diversität und Nachhaltige Sozialpolitik	53
--	----

Katharina Kreissl

Putting De-growth on the Agenda: Why Management and Organization Studies Need to Focus on the Nexus Between Social and Ecological Inequalities	59
---	----

Beiträge aus der Praxis

Elke Schüßler, Stefanie Habersang, Gabriela Gutierrez-Huerter O, Joel Bothello, Helen Etchanhu und Giuseppe Delmestri

Sustainable Conference Organizing: Practices and Impact 64

Offener Themenbereich

Andrea D. Bührmann und Laura Dobusch

Editorial zum offenen Teil 73

Beiträge aus der Wissenschaft

Petia Genkova und Henrik Schreiber

Diversity nutzen und annehmen? Eine explorative Untersuchung der Einstellungen zu Diversity von Studierenden der MINT-Fächer 74

Forschungsskizzen und Positionen

Kira Margarete Barut

Diversität in der Sozialen Arbeit – Kommunale Verwaltung und die offene Jugendarbeit. Vorstellung eines Forschungsprojektes 89

Brigitte Halbfas, Mascha Kurpicz-Briki und Kristin Heinemann

Diskriminieren digitale Tools der Gründungsberatung und -förderung? Ein interdisziplinärer Forschungszugang 98

Beiträge aus der Praxis

Tinka Greve

Differenzen (ir)relevant machen? Antidiskriminierungsarbeit im Spannungsfeld von Dekonstruktion, Normalisierung und Empowerment 105

Aktuelles

Daniela Rastetter, Anna Mucha, Stephan Schmucker, Angela Kornau, Vanessa Bernauer und Barbara Sieben

Call for Papers: Digitalisierung der Arbeitswelt: Hindernisse und Chancen mit Blick auf Chancengleichheit, Diversität und Inklusion 110

Ellen Kollender, Veronika Kourabas und Niels Uhlendorf

Call for Papers: Ökonomisierungsprozesse im Diskursfeld Flucht/Migration und Bildung: Ein- und Ausschlüsse zwischen Persistenz und Veränderung 114

Schwerpunktthema: Klimakrise, Diversität und Ungleichheitsverhältnisse: Aktuelle Wechselwirkungen und Transformationen

Beiträge aus der Wissenschaft

Ökologische Männlichkeiten: Auf dem Weg zu einer neuen Normalität?

Martin Hultman

Zusammenfassung

Seit langem fordern Feminist_innen unterschiedlicher Ausrichtung eine Veränderung männlicher Normen und Verhaltensweisen – nicht zuletzt im Zusammenhang mit ökologischen Fragen. Gleichzeitig breiten sich toxische Männlichkeiten weltweit ungebrems aus. Die Exponiertheit toxischer Männlichkeiten führt allerdings auch zu einem wachsenden Problembewusstsein und sozialen Bewegungen, die Veränderung einfordern. In diesem Artikel werden beide Tendenzen beschrieben – die Ausbreitung toxischer Männlichkeiten und die erstarkenden Gegenbewegungen – mit einem Fokus auf Theorien und Praxen ökologischer Männlichkeiten, die eine neue Normalität darstellen könnten in einer Welt in der sich die Menschheit mit ökozidalen Herausforderungen konfrontiert sieht.

Schlagwörter: Ökofeminismen, Industrielle/Alleinernährer Männlichkeiten, Ökomoderne Männlichkeiten, Ökologische Männlichkeiten, Ökozid

Ecological Masculinities: The creation of a new normal?

Abstract

For a long time, feminists of different shades have called for a change in masculine norms and behaviors; not least in connection to environmental issues. Simultaneously, as toxic masculinities are making their way around the globe, the exposed toxicity might also come with heightened awareness of the problems and a powerful movement of change. In this paper both these tendencies are described thus with a focus on what might become the new normal in a world in which we as humanity deal with the ecocidal challenges we are in the midst of; theory and praxes of ecological masculinities.

Keywords: Ecofeminisms, Industrial/breadwinner masculinities, Ecomodern masculinities, Ecological Masculinities, Ecocide

1. Inmitten einer vergeschlechtlichten multiplen Krise

Gegenwärtige globale wissenschaftliche Debatten zeigen auf, dass sich die menschliche Spezies zu einer Akteurin geologischen Ausmaßes entwickelt hat, die ihre eigenen Lebensgrundlagen sowie jene anderer Spezies zerstört. Das steht in einem engen Zusammenhang mit einer neuen Epoche, die als ‚Anthropozän‘ beschrieben werden kann und sich durch von Menschen veränderte Klima und Umwelt auszeichnet (Angus 2016: 230; Haraway 2015: 160). Das Anthropozän ist durchzogen von Geschlechterungleichheiten (MacGregor 2017). Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels trifft diese politisch wie persönlich destruktive Machtkonstellation auf einen ‚perfekten Sturm‘ an Auszahlungen von zig Milliarden Dollar von Regierungen an Fluglinien sowie Öl- und Gaskonzerne, um die Wirtschaft angesichts der COVID-19-Pandemie anzukurbeln. Es zeigt sich klar, dass marginalisierte Gruppen sowie die nichtmenschliche Natur überproportional von natur- wie menschengemachten Katastrophen betroffen sind. Das sind die entsetzlichen Umstände unserer Zeit, in denen Gerechtigkeit und Sorge für alle nicht erreichbar scheinen. Und dies trotz der besten Intentionen mancher Akteur_innen, die Menschheit in eine ‚gemäßigte‘ – wenn auch marktbasierter – Zukunft zu führen.

In allgemeinen Debatten zu Umwelt- und Klimafragen erscheint es manchmal so, als wären Männer die Ursache für sämtliche Missstände auf der Welt und wenn ausschließlich Frauen regieren würden, dann wäre alles schlagartig besser. Tatsächlich zeigt auch die Forschung – unter Bezugnahme auf eine binäre Geschlechterkategorisierung –, dass Männer schlechter für den Planeten als Frauen sind. Die quantitative Geschlechterforschung verdeutlicht etwa, dass Männer im Sinne einer sozialen Gruppe einen signifikant negativeren Einfluss auf die Umwelt ausüben als die soziale Gruppe der Frauen. Weiße, mittelalte und der wohlhabenden Mittelschicht angehörige Männer machen sich global betrachtet besonders schuldig: sie reisen am meisten, essen viel Fleisch und nutzen mehrere, Energie verbrauchende Gebäude (Kall/Hultman 2018). Gleichzeitig gehören sie derselben Kategorie an, die ich in meiner Forschung unter den Begriff der industriellen/Alleinernährer oder ökomoderne Männlichkeiten fasse; sie sind es, die die Klimaverhandlungen leiten, die als Top-Führungskräfte globale Ressourcen verbrauchenden Unternehmen vorstehen und Machtpositionen innehaben, in denen sie Lösungen für Umweltprobleme formulieren (sollen). Eine solche Situation muss daher kritisch hinterfragt und näher untersucht werden.

Andere Ansätze der Geschlechterforschung problematisieren allerdings den Umstand, die negativen Umweltauswirkungen durch die Gruppe der Männer entlang der Kategorisierung binärer Zweigeschlechtlichkeit (Männer vs. Frauen) zu erklären. Vielmehr erscheint eine intersektionale Perspektive als zielführend, die die konkreten multidimensionalen Lebenserfahrungen der Menschen berücksichtigt (Hultman, 2011; Hultman/Pulé 2018). Wenn Körper und Identitäten miteinander verschränkt werden, kann das mit dem Konzept der Männlichkeiten gefasst werden.

Männlichkeitsforschung hat sich bisher vor allem mit Themen wie Klasse, Sexualitäten, Gewalt, Verbrechen, Erziehung, Familien, Massenmedien, Militarismus und Gerechtigkeit befasst (Kimmel 1996; Kimmel et al. 2005; Connell/Pearse 2015; Hultman/Pulé 2018). Gegenwärtig lässt sich eine steigende Zahl an Publikationen zum Thema Umwelt verzeichnen (z.B. Allister 2004; Hultman 2011; Pease 2014; Gaard 2014; 2017; MacGregor 2017;

Zum Umgehen von und Umgang mit Ungleichheiten in der Klimapolitik und der Forschung für eine klimafreundlichere Gestaltung des Alltags

Ulrike Röhr und Ines Weller

Zusammenfassung

Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise muss eine deutliche Fokussierung der Umwelt- und Klimapolitik auf grundlegende gesellschaftliche Transformationen zur substantiellen Reduzierung des Ausstoßes an Klimagasen stattfinden. Bestandteil dieser Neu-Konzeptualisierung ist auch die Ausdifferenzierung von Genderkonzepten u.a. durch ihre Erweiterung um Diversity und intersektionale Verknüpfungen. Dabei zeigen sich noch erhebliche Defizite in der Betrachtung und Berücksichtigung von gender- und diversitätsbezogenen Un/Gleichheitslagen sowohl in der Klimapolitik als auch in der Forschung zu Klimaschutz im Alltag. Gleiches gilt für die Kommunikation der Erkenntnisse.

Schlagwörter: Klimapolitik, UNFCCC, Emissionsminderung, Haushalte, Un/Gleichheitslagen

How to deal with inequalities in climate policy and research for a more climate-friendly organisation of everyday life

Abstract

Considering the urgency of the climate crisis, environmental and climate policy must clearly focus on fundamental social transformations to substantially reduce emissions of greenhouse gases. Part of this re-conceptualisation is the differentiation of gender concepts, inter alia by their expansion to diversity and intersectional links. There are still substantial deficits in the consideration of gender- and diversity-related in/equalities in both climate policy and research on climate protection in everyday life. The same applies to the communication of the findings.

Keywords: climate change policy, UNFCCC, emissions reduction, households, in/equalities

1. Einleitung

Die Debatten über die Bedeutung von gender- und diversitätsbezogenen Ungleichheiten für die Klimapolitik und für die Forschung für eine klimafreundlichere Gestaltung des Alltags reichen in Deutschland in die 1990er Jahre zurück. In dieser Zeit wurden insbesondere in der sozial-ökologischen Forschung erste theoretische Arbeiten und empirische Studien zu Gender & Environment durchgeführt (z.B. Schultz 1993; Schultz/Weller 1995). Dazu gehörten konzeptionelle Überlegungen zu den Beziehungen zwischen Natur- und Geschlechterverhältnissen, zur feministischen Auseinandersetzung mit den Ansätzen der Ökonomie sowie erste empirische Untersuchungen der Folgen umweltpolitischer Maßnahmen und Strategien für

die Bewältigung sozialer Un-/Gleichheitslagen und für die Geschlechterverhältnisse. Aus ihren Ergebnissen wurde beispielsweise die These von der ‚Feminisierung der Umweltverantwortung‘ abgeleitet (z.B. Jungkeit et al. 2002; Weller 2017). Auch die Umweltpolitik in Deutschland begann Anfang der 2000er Jahre, sich im Rahmen der Implementierung von Gender Mainstreaming mit Genderaspekten und der Berücksichtigung des Ziels Geschlechtergerechtigkeit in umweltpolitische Strategien und Maßnahmen zu befassen. So wurden z.B. im Rahmen eines Pilotprojektes am Umweltbundesamt sowohl inhaltliche als auch strategische Hinweise zur Integration von Gender in die umweltpolitische Facharbeit erarbeitet und hierfür geeignete Instrumente erprobt (UBA 2017).

Aktuell bzw. bis zum Ausbruch der COVID-19-Pandemie im Frühjahr 2020 führten verschiedene Entwicklungen zu einer verstärkten Aufmerksamkeit und Neu-Konzeptualisierung der Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnissen und Umwelt-/Klimapolitik. So ließ sich angesichts der wissenschaftlich belegten Dringlichkeit der Klimakrise (IPCC 2018) eine deutliche Fokussierung der Umwelt- und Klimapolitik auf grundlegende gesellschaftliche Transformationen zur substantiellen Reduzierung des Ausstoßes an Klimagasen feststellen (z.B. WBGU 2011). Zu dieser Neu-Konzeptualisierung haben auch die Ausdifferenzierung von Genderkonzepten im Sinne einer Erweiterung um Diversity und intersektionale Verknüpfungen sowie Hinweise auf Veränderungen traditioneller Geschlechterrollen beigetragen. Damit haben Diversity und Intersektionalität für die Analyse von Un-/Gleichheitslagen im Kontext der Klimakrise zumindest programmatisch an Bedeutung gewonnen (Spitzner et al. 2020).¹ Für den Umwelt- und Klimabereich ist zudem eine erhöhte Aufmerksamkeit für Studien und Debatten über die Bedeutung von sozialer und Geschlechtergerechtigkeit zu beobachten. Dabei liegt der Fokus auf der dadurch erwarteten Verbesserung der Akzeptanz und Umsetzbarkeit gesellschaftlicher Transformationsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Beispielsweise finden sich Hinweise dafür, dass die nachlassende Akzeptanz der Energiewende zum Teil auf soziale und Geschlechterungleichheiten sowie der Verteilung ihrer Be- und Entlastungen zurückzuführen ist, wie dies auch in einer aktuellen Befragung zur Wahrnehmung der Energiewende zum Ausdruck kommt (IASS 2020). So sind insbesondere Alleinerziehende (Frauen) und allgemein Haushalte mit geringerem Einkommen von Preissteigerungen des Stroms überdurchschnittlich betroffen, da sie einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihres Einkommens für ihren Energieverbrauch aufwenden müssen (Krapf/Wehlau 2009; Bach et al. 2018). Demgegenüber ergeben Analysen der Mitgliederstrukturen von Bürgerenergiegesellschaften und Energiegenossenschaften, die die Chancen der Energiewende für ihre Mitglieder auch ökonomisch nutzen, einen überproportionalen Anteil an Personen mit höherem Einkommen, männlich und mit höherer formaler Bildung (Holstenkamp et al. 2018). Inwiefern sich an Energiegenossenschaften auch Bürger_innen mit Migrationshintergrund beteiligen, wird in den Daten bislang noch nicht einmal als Frage aufgeworfen. Wie diese Entwicklungen durch die Corona-Krise beeinflusst werden, ist sowohl mit Blick auf Geschlechtergerechtigkeit als auch mit Blick auf die Klimakrise genau zu prüfen, wobei im Moment eher gegenläufige Veränderungen zu befürchten sind (siehe Kap. 2.3).

Der folgende Beitrag geht zunächst der Frage nach, wie Ungleichheitsverhältnisse in der internationalen und nationalen Klimapolitik verhandelt werden und wie sich in diesem Kontext der Umgang mit Begriffen wie Frauen, Gender und Diversität verändert bzw. nicht ver-

1 Diversity und Intersektionalität weisen Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede auf: Während bei Diversity eher das Potential von z.B. divers zusammengesetzten Entwicklungsgruppen für robuste (technische) Lösungen betont wird (Leicht-Scholten et al. 2011), richtet sich Intersektionalität eher auf die Analyse von Diskriminierungen durch das Zusammenwirken verschiedener Kategorien (Winker/Degele 2010). Beide Begriffe werden allerdings nicht immer trennscharf verwendet.

Interviews

Interview mit Sybille Bauriedl: „Es fehlen offensive Debatten zu impliziten Gerechtigkeitsverständnissen klimapolitischer Strategien“

Die Themen Klimakrise, Ungleichheitsverhältnisse und nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweisen sind erst seit kurzem im Mainstream der Medienberichterstattung angekommen. Sie beschäftigen sich hingegen schon lange mit den Auswirkungen des Klimawandels und Fragen der Klimagerechtigkeit. Wie kam es zu Ihrem Interesse an diesem Thema?

Mich haben schon immer Fragen der Umweltgerechtigkeit beschäftigt: Warum ist Umweltzerstörung, verursacht durch eine Minderheit, gesellschaftlich akzeptiert? Als Erstes habe ich mich das mit Blick auf die Luft- und Lärmbelastung durch den Autoverkehr gefragt. Dann kam das Jahr 1986 mit den großen Umweltkatastrophen, von denen auch mein Lebensumfeld betroffen war: der Unfall des Chemiekonzerns Sandoz mit der Vergiftung des Rheins, die Tschernobyl-Katastrophe mit den radioaktiven Niederschlägen und die Hochphase des sogenannten Waldsterbens durch Schwefeldioxidemissionen der deutschen Schwerindustrie. Ich bin in der Zeit aufgewachsen, als die angeblich unwahrscheinlichen größtmöglichen Unfälle eingetreten sind und die Zukunft katastrophisch aussah. Ulrich Beck hat im gleichen Jahre sein Buch „Risikogesellschaft“ veröffentlicht. Darin beschreibt er, wie es dazu kam, dass Menschen in Industriestaaten als Preis des wachsenden Wohlstands ein Leben mit technologischen Risiken zu akzeptieren gelernt haben. Viele Menschen haben jedoch die Akzeptanz dieser Risiken verweigert und haben kritisiert, dass die Risiken der technologischen Modernisierung ungleich verteilt sind.

Um die Ursachen des global ungleichen Ressourcenzugangs und der ungleich verteilten Ernährungskrisen und Umweltrisiken zu verstehen, habe ich Geographie studiert und mich schon früh für Ansätze der feministischen Geographie und politischen Ökologie interessiert, die die strukturellen, diskursiven und historisch-materiellen Bedingungen von sozialer und globaler Ungleichheit analysieren. Und zwar sowohl im Globalen Norden wie im Globalen Süden. Damit habe ich mich im Laufe der Zeit automatisch Fragen der Klimagerechtigkeit angenähert. Gegenstand meiner eigenen Forschung waren u.a. Nachhaltigkeitsdiskurse in europäischen Großstädten, dezentrale Energiewende in deutschen Kommunen, Biomasseanbau in Ostafrika und die Nachhaltigkeitsversprechen von Smart Cities. Dabei interessieren mich immer sowohl die Treiber als auch die externalisierten Kosten und Risiken dieser Transformationsprozesse. Die wiederkehrende Erkenntnis dieser Transformationsstudien war eine Verschärfung sozialer und globaler Ungleichheit, zunehmende ökologische Risiken und eine Dominanz technologie- und marktoptimistischer Modernisierungstheorien.

Eine sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Folgen und Ursachen des Klimawandels hat erst Mitte der 1990er Jahre eingesetzt, obwohl die naturwissenschaftliche Klimaforschung schon seit den 1970er Jahren Erkenntnisse zu dramatischen Veränderungen

Interview mit Christine Katz: „Ökologische Ansprüche und soziale Gerechtigkeit müssen in Arbeits- und Produktionsverhältnissen mitgedacht werden“

Die Themen Klimakrise, Ungleichheitsverhältnisse und nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweisen sind erst seit kurzem im Mainstream der Medienberichterstattung angekommen. Sie beschäftigen sich hingegen schon lange mit den Auswirkungen des Klimawandels und Fragen der Klimagerechtigkeit. Wie kam es zu Ihrem Interesse an diesem Thema?

Zum einen ist/war mein Interesse wissenschaftlich geprägt. Mein Doktorvater – ich habe eine Dissertation im Rahmen der Ökosystemforschung zur Problematik des Waldsterbens geschrieben – hat schon Anfang der 1990er Jahre immer davon gesprochen, dass das eigentliche Problem nicht die Schwefel- und Stickoxid-Immissionen sei, deren Wirkung wir uns damals auf unterschiedlichen Ebenen angesehen haben, sondern das CO₂. Ich fand das interessant und habe versucht, die Debatten dazu weiter zu verfolgen. Zudem habe ich in dem Forschungsprojekt, in dem meine Dissertation angedockt war, von den beteiligten Meteorolog*innen ziemlich viel über die Fragilität des Klimasystems und die Schwierigkeit, es gut zu verstehen, gelernt. Damals gab es noch so gut wie keine Forschungsförderung oder mediale Aufmerksamkeit für das Thema Klimawandel.

Zum zweiten war mein Interesse persönlich motiviert. Ich bin gerne draußen und viel in den Bergen unterwegs. Dort habe ich klimabedingte Veränderungen (in der Vegetation, den Gletscheraufläufen, bzgl. Schneesicherheit) recht bald – quasi hautnah – erfahren. Mich hat es sehr schockiert, meine Welt, so wie sie mir vertraut war, verschwinden zu sehen. Es hat sich angefühlt wie mein erstes Erdbeben (ich habe schon mehrmals welche erlebt) – große existenzielle Verunsicherung, die totale Orientierungslosigkeit, weil plötzlich der Boden, auf dem wir fest stehen, der uns immer hält, eine der zentralsten Konstanten im Leben, ins Wanken gerät. Das bedient wohl eine Urangst – so jedenfalls habe ich es empfunden.

Und drittens fand ich das Thema von Anfang an aus einer Weltveränderungsperspektive faszinierend, weil es die Fragen danach berührt, wie Gesellschaften es schaffen können, vorsorglich ihr Handeln so umzustellen, dass Katastrophen in der Zukunft nicht oder abgeschwächt eintreten, und welche Rollen dabei Wissenschaft und Politik zukommen.

Klimawandel war lange in unseren Breiten nicht spürbar und wurde eher als ein eventuell eintreffendes, probabilistisches Ereignis betrachtet, das vor allem in der Wissenschaft existiert, statt als reale zukünftig drohende Katastrophe – ähnlich übrigens der Pandemie, vor der im jährlichen Rhythmus Epidemiolog*innen und Vertreter*innen der WHO und anderer Gesundheitsorganisationen warnen. Wir konnten als Gesellschaft und Individuen den Klimawandel also lange hervorragend verdrängen. Für mich treffen sich im Thema Klimawandel Fragen nach der gesellschaftlichen Bedeutung von Wissenschaft, der richtigen (effektiven) Wissenschaftskommunikation, einer geeigneten und wirkungsvollen Vorbereitung/Einbindung der Gesellschaft auf nicht reversible zukünftige Veränderungen mit der Frage nach der Fähigkeit demokratischer Systeme, mittels vorsorglicher Politik unter gesellschaftlicher Beteiligung und Berücksichtigung sozialer und ökologischer Vielfalt drohendes Unheil abzuwehren.

Forschungsskizzen und Positionen

Klimagerechtigkeit, Diversität und Nachhaltige Sozialpolitik

Katharina Bohnenberger und Martin Fritz

1. Klimagerechtigkeit – im Kampf für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Anerkennung von Diversität?

In Klima- und Umweltgerechtigkeitsbewegungen verbinden sich das Engagement für den Schutz der Natur und unserer natürlichen Lebensgrundlagen mit dem Kampf gegen soziale Ungleichheit und Diskriminierung. Ihr Ziel ist es, Verteilungskonflikte um Umweltbelastungen, den Zugang zu natürlichen Ressourcen und den Erhalt guter Lebensbedingungen (Martinez-Alier 2017) ins Bewusstsein zu rücken und sich für ihre demokratische Lösung einzusetzen. Es geht dabei z.B. um die global ungleiche Verteilung von Treibhausgasemissionen, die regional sehr unterschiedlichen Folgen der globalen Erwärmung, um Landkonflikte sowie um den Abbau von Bodenschätzen und den Anbau von Futtermitteln im Globalen Süden für den Export in den Globalen Norden. Ökologische Zerstörung trifft weltweit vor allem diejenigen, welche am wenigsten dazu beitragen: Angehörige der indigenen Bevölkerung, People of Color, den Globalen Süden, sozial Benachteiligte und mehr Frauen als Männer. Auf der anderen Seite sind es die westlichen Industrienationen, global agierende Unternehmen und einige Superreiche, welche die größten ökologischen Fußabdrücke hinterlassen und gleichzeitig über die meisten Mittel verfügen, um sich vor der selbst verursachten Umweltzerstörung zu schützen (Ivanova et al. 2017).

Die Gründe für diese Ungleichheit liegen im kolonialistischen Erbe, das mit Praktiken und Denkstrukturen einhergeht, die sich bis heute in Form einer imperialen Lebensweise Ausdruck verschaffen (Brand/Wissen 2017). Die beständig nach Wachstum strebende kapitalistische Wirtschaftsweise funktioniert als Akkumulation und Konzentration von Kapital, Ressourcen und Macht in den Händen einiger Weniger. Einerseits bewirkt dieser Wachstumszwang die fortwährende Naturzerstörung in unserer Zeit. Auf einer tieferen Ebene liegt die Ursache andererseits in der entfremdeten kapitalistischen Naturbeziehung, in welcher lebendige Natur zu bloßen Objekten herabgesetzt wird, die der Mensch kontrollieren, beherrschen, nutzen und ausbeuten darf (Merchant 1990; Hickel 2020). In der Beziehung zur Natur spiegeln sich immer auch die Beziehungen zu anderen Menschen wider (Eversberg 2020). So ist es nicht verwunderlich, dass früher einerseits Frauen und andererseits indigene und nicht-weiße Menschen als „Wilde“ mit Natur gleichgesetzt wurden (im Gegensatz zur „Kultur“ und „Zivilisation“ der Kolonialmächte), konnte dadurch doch deren Unterdrückung und Ausbeutung gerechtfertigt und die bestehenden Machtverhältnisse legitimiert werden. Umwelt- bzw. Klimagerechtigkeitsbewegungen machen sich dafür stark, diese Zusammenhänge zwischen sozialen und ökologischen Ungleichheiten aufzudecken und zu überwinden. Insofern liegen die Aktivist_innen von Fridays for Future völlig richtig, wenn sie ihr Streben nach Klimagerechtigkeit mit Antirassismus, sozialer Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit

Putting De-growth on the Agenda: Why Management and Organization Studies Need to Focus on the Nexus Between Social and Ecological Inequalities

Katharina Kreissl

Introduction

There are two major challenges that produce worldwide concern, currently being overshadowed while being exacerbated by the ongoing COVID19 pandemic – climate change and the increase of inequalities in and between countries. While voices from academia, arts, politics, activism and civil society vividly try to raise awareness, both crises are still largely discussed separately, or at least without systematically integrating their interaction and entanglement. In this research position, I explain the nexus between ecological and social sustainability, analyze why climate change and inequality issues fundamentally clash with mainstream organization and management studies and present suggestions for paradigmatic changes when it comes to a future-oriented research agenda, exemplified by alternative organizing.

The Nexus Between Social and Ecological Sustainability

The causes and consequences of climate change are embedded within power relations and are therefore inextricably linked to inequalities in and between countries. On the one hand, ecologically detrimental emissions such as household carbon footprints are unequally distributed. Affluence is an important driver for negative environmental impacts (Wiedmann et al. 2020) as people living in affluent conditions are responsible for the largest share of carbon emissions due to consumption (Ivanova and Wood 2020). As one of the major polluters, 90 fossil fuel corporations are responsible for almost two-thirds of cumulative global greenhouse gas emissions from 1751 and 2010 (with more than 50 percent emitted since 1986) (Carbon Disclosure Project 2017). At the same time, the detrimental consequences of climate change are disproportionately affecting the underpaid and power-distant in various ways (Menton et al. 2020). This happens on inter-state levels, where poorer countries serve as waste-disposals for industrialized nations or whole populations lose their homes to floods, sea levels rising or plagues. It is also relevant within countries, where unhealthy living conditions in polluted areas due to heavy traffic, irresponsible farming or industrial waste do not affect the privileged. Social and ecological crisis resulting from climate change align with already prevalent inequality regimes based on class, gender and race/migration relations. Climate change is an accelerant for already precarious social and political challenges, exacerbating supply shortages in terms of food and water, the rise of sea levels, and the reduction of bio-diversity. This has real potential to lead to governance failures, and an increase of irregular and forced migration flows and global conflicts (World Economic Forum 2019).

In response, sustainability studies scholars pointed to the need for a paradigm shift nearly twenty years ago. “Sustainability (...) cannot be simply a ‘green’ or ‘environmental’ concern (...). A truly sustainable society is one where wider questions of social needs and welfare,

Sustainable Conference Organizing: Practices and Impact

Elke Schüßler, Stefanie Habersang, Gabriela Gutierrez-Huerter O, Joel Bothello, Helen Etchanchu und Giuseppe Delmestri

1. Introduction

Universities constitute the most mobile workforce in the Global North (Cohen et al. 2020), with international mobility is entrenched across different academic communities (Hefernan/Jöns 2013; Jonkers/Cruz-Castro 2013). For students, mobility is an invaluable means to learn about the world as well as an asset that improves hiring prospects, as many employers value the “international experience” of exchanges, international degrees, or internships. For PhD students and early career scholars, mobility fosters a strong international research network and visibility. For senior scholars, mobility is the basis for international co-publications, joint research grants and executive education opportunities. This mobility, however, comes at a price. Scholars have not only criticized the negative environmental impact of excessive mobility (e.g. Gill 2020), but have also pointed out the negative physiological, psychological, emotional and social effects of hypermobility (e.g. Cohen/Gossling 2015). Yet others highlight issues of inequality, accessibility and, ultimately, scientific knowledge production (Parker/Weik 2014).

Academic conferences in particular are an egregious source of university carbon emissions (Rosen 2017; Wynes et al. 2019) made starkly visible since universities have started full-fledged carbon emissions accounting (e.g. University of British Columbia, ETH Zürich). For the University of British Columbia, for instance, Wynes and Donner (2018) calculated that air travel was responsible for 63-73% of campus emissions. Climate scientists have problematized academic conference travel for many years. The Tyndall Centre (2015), for instance, published a strategy “towards a culture of low-carbon research for the 21st Century” that included a decision tree for identifying low-carbon travel alternatives for conferences and workshops. One of the main reasons advanced for reducing academic air travel is also the understanding that academia has an implicit prefigurative mission towards society and should pioneer sustainable practices given that air travel – including radiative forcing, i.e. the effect of clouds – now accounts for more than five percent of cumulative yearly emissions (Jungbluth et al. 2018). Outside of the climate science community, however, the pervasive belief is that academic exchange, networking, knowledge exchange and the creation of new collaborative ties is best done face-to-face (e.g. Chai/Freeman 2019).

In response, we formed a group called Organization Scientists for Future (OS4future) through an initial pledge to travel to the 2019 EGOS (European Group of Organization Studies) conference in Edinburgh by train, coach, bike or other low-carbon alternatives to flying (OS4future 2019). Since COVID-19, debates about holding academic conferences in person have halted. Faced with the alternative of missing organized academic exchange, scholars

Diversity nutzen und annehmen? Eine explorative Untersuchung der Einstellungen zu Diversity von Studierenden der MINT-Fächer

Petia Genkova und Henrik Schreiber

Zusammenfassung

Deutsche Hochschulen sind gefordert, bei Studierenden ein Bewusstsein für Diversity zu entwickeln und interkulturelle Kompetenz zu fördern. Die vorliegende Studie betrachtet explorativ, inwiefern ein Bewusstsein für Diversity bei MINT-Studierenden etabliert ist und welche Barrieren für Studierende mit Migrationshintergrund subjektiv wahrgenommen werden. Dafür wurden strukturierte Interviews mit MINT-Studierenden mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen, dass es für MINT-Studierende mit Migrationshintergrund subjektiv wahrgenommene Barrieren gibt, sowie wenig Bewusstsein für Diversität unter den befragten Studierenden im Allgemeinen.

Schlagwörter: Diversity, Hochschule, interkulturelle Kompetenz, Migrationshintergrund

Accept and Consider Diversity? An Explorative Examination of STEM Students' Attitudes Towards Diversity

Abstract

German universities are obliged to provide opportunities for students to develop awareness of diversity and intercultural competences. This study takes an exploratory look at the extent to which an awareness of diversity is established among STEM students and what barriers students with a migration background subjectively perceive. For this purpose, structured interviews with STEM students were evaluated using qualitative content analysis. The results show that there are subjectively perceived barriers for STEM students with a migration background and a lack of consciousness for the issue of diversity among STEM students in general.

Keywords: Diversity, higher education, intercultural competence, migration background

1. Einleitung

In ihrem sehr fundierten Buchkapitel skizzieren Auferkorte-Michaelis/Linde (2016) Hochschulen als von sich aus heterogene Institutionen, die allerdings dadurch nicht zwangsläufig für alle zugänglich sind. Seit die Studierendenschaft seit den 1960er Jahren immer vielfältiger wird, vor allem hinsichtlich sozialer Schichten, befassen sich Hochschulen mit dem Umgang mit der Heterogenität von Studierenden (ebd.). Auferkorte-Michaelis/Linde (2016) bescheinigen dem heutigen deutschen Hochschulsystem fachbereichsübergreifend eine Diversifizierung, nicht jedoch eine höhere Durchlässigkeit, im Sinne gleicher Chancen. Gleichzeitig ist das deutsche Hochschulsystem nicht in allen Fachbereichen in der Lage, den Bedarf an qualifizierten Absolvent_innen abzudecken. Die Folge ist ein Mangel an Fachkräften in den akademischen Berufen der Bereiche Medizin, Ingenieurwesen im Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik, IT und Softwareentwicklung/Programmierung (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2020), von denen ein großer Teil unter der Bezeichnung MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) subsumiert wird.

Insbesondere hier zeigen sich in Deutschland hohe Studienabbruchquoten von bis zu 54% unter den Bachelorabsolvent_innen. Personen mit Migrationshintergrund brechen dabei überproportional häufig das Studium ab oder verlängern es (Neugebauer et al. 2019). Dieser Beitrag beschäftigt sich daher primär mit dem Aspekt kultureller Vielfalt und wird andere Aspekte von Vielfalt nur partiell berücksichtigen. Vielfalt (synonym Diversität) wird hier im Sinne von Ausprägungen verschiedener Merkmale bei Mitgliedern einer Gruppe oder Institution verstanden, betont Gemeinsamkeiten über sozial konstruierte Unterschiede hinweg und Unterschiedlichkeit, auf die aufmerksam gemacht werden soll.

Uslucan (2017) zeigt in seiner Studie zu türkisch-stämmigen Migrant_innen in Deutschland, dass „subjektive Barrieren“ für Personen mit Migrationshintergrund (Migrant_innen erster und zweiter Generation in Anlehnung an Kemper 2010) bestehen, die auf Akkulturationsprobleme, Verunsicherung und Diskriminierungserfahrungen zurückzuführen sind. Da sich für verschiedene marginalisierte Gruppen eine Vielzahl an Hindernissen in unserer und anderen Gesellschaften identifizieren lassen, dient der Begriff subjektive Barrieren hier dazu die psychologische Dimension von Benachteiligung zu beleuchten, also sowohl die Wahrnehmung von z.B. struktureller Diskriminierung aber auch die psychologischen Konsequenzen dieser Wahrnehmung. Während Auferkorte-Michaelis/Linde (2016) vor allem Akteur_innen und Strukturen auf Seiten der Hochschule betrachten, wird dieser Beitrag die Perspektive der Studierenden erforschen.

Abseits von Durchlässigkeit oder Fairness in Bildungseinrichtungen ist auch die Qualifizierung der Studierenden von entscheidender Bedeutung. Der Bereich MINT zeichnet sich von jeher durch ein hohes Maß internationaler Vernetzung und Mobilität aus (Koller/Rudolph 2017). Die Forschung zu Wirkungszusammenhängen von Einstellungen zu kultureller Vielfalt mit verschiedenen Leistungsparametern zeigt, dass genau diese Einstellungen ausschlaggebend dafür sind, ob das Potenzial, das durch verschiedene Perspektiven und Wissensstände in Gruppen, Unternehmen oder Gesellschaften besteht, genutzt werden kann, oder nicht (Stegmann/Van Dick 2016). Negative Einstellungen zu Vielfalt führen zu negativen Konsequenzen für Gruppen und Individuen, unter der Voraussetzung, dass Vielfalt auf subjektiv relevanten Dimensionen vorhanden ist und von den Mitgliedern wahrgenommen wird (van Knippenberg et al. 2013). Lloyd/Härtel (2010) zeigen, dass der Erfolg von bi- oder multikulturellen Gruppen durch das Vorhandensein von interkultureller Kompetenz vorhergesagt wird, die Fähigkeit angesichts kultureller Vielfalt effizient und angemessen zu handeln (Deardorff/Arasaratnam-Smith 2017). Sie beschreiben, dass jene, die besser mit kultureller Vielfalt umgehen konnten, dies auch lieber taten und eher für eine Bereicherung hielten.

Forschungsskizzen und Positionen

Diversität in der Sozialen Arbeit – Kommunale Verwaltung und die offene Jugendarbeit. Vorstellung eines Forschungsprojektes

Kira Margarete Barut

1. Einleitung

Das Konzept Diversity (Management) wird vermehrt aus dem betriebswirtschaftlichen Kontext, in dem es sich häufig in Betriebsvereinbarungen großer Organisationen finden lässt, auf kommunale Verwaltungen übertragen. Diverse Programme und Umsetzungen lassen sich unter den Begriffen Diversity, Diversity Management und Diversity Mainstreaming finden. Diversity ist auch ein „(...) programmatischer, ein politischer Begriff“ (Rosenstreich 2011: 231) und in Deutschland ist eine wachsende Zahl von Kommunen zu beobachten, die vermehrt Konzepte und Leitlinien zu Diversität auf unterschiedlichste Weise verfolgen (vgl. z.B. Stadt Köln – Dienststelle Diversity 2018; Stadt Stuttgart 2020; Stadt Frankfurt am Main – Integrationsdezernat 2011). Dem Schlagwort *Diversity* kommt folglich zunehmend mehr Aufmerksamkeit zu und es rückt immer stärker in den alltäglichen, gesellschaftlichen und somit auch den politischen Fokus. Es beschreibt in der heutigen sich immer mehr differenzierenden Gesellschaft passend den Veränderungsprozess der Gesellschaft. Kaum Beachtung findet dabei allerdings bisher, wie diese Vorgaben von Akteur*innen verhandelt werden. Aus diesem Grund gilt es, die Anwendung solcher konzeptionellen Vorgaben diskursiv zu studieren.

Im Folgenden wird das Forschungsprojekt „Diversität in der Sozialen Arbeit – Eine qualitative Studie zu diskursiven Verhandlungen kommunaler Diversitätskonzepte in der Verwaltung und im Arbeitsfeld der offenen Jugendarbeit am Beispiel Frankfurt am Main“¹ vorgestellt. Die triangulierende Diskursanalyse beschäftigt sich mit dem Themenkomplex der kommunalen Konzeptionen von Diversität sowie mit Akteur*innen auf der Ebene der kommunalen Verwaltung. Zudem exploriert sie die diskursiven Verhandlungen der normativen Konzepte exemplarisch anhand eines Praxisfeldes, nämlich der offenen Jugendarbeit. In dem Projekt wurde untersucht, wie die normative, diversitätspolitische Agenda, die sich in den kommunalen Leitlinien und Konzeptionen wiederfindet, in der Verwaltung verstanden wird und in der Sozialen Arbeit von Fachkräften der offenen Jugendarbeit verarbeitet wird.

1 Unter der Betreuung von Frau Prof. Dr. Rose der Frankfurt University of Applied Sciences ist das Forschungsprojekt von Frau Barut am hochschulübergreifenden Promotionszentrum Soziale Arbeit der hessischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften angesiedelt. Ein Teil der Finanzierung des Projektes ist durch ein Stipendium der Frankfurt University of Applied Sciences gesichert, der Rest wird durch die Forscherin eigenfinanziert.

Diskriminieren digitale Tools der Gründungsberatung und -förderung? Ein interdisziplinärer Forschungszugang

Brigitte Halbfas, Mascha Kurpicz-Briki und Kristin Heinemann

1. Einleitung und Stand der Forschung

Das Verhältnis zwischen Frauen und Männern bei Firmengründungen ist nicht ausgewogen: So stuft der Gründungsmonitor für Deutschland die Gründungsaktivität von Frauen im Jahr 2019 mit insgesamt 38,3% deutlich unter der Gründungsaktivität von Männern ein (KfW-Research 2020: 8). Ähnlich stellt es sich in der Schweiz dar: Im 2. Quartal 2019 waren 37,3% der Unternehmenden Frauen (KMU-Portal 2020). Die Ursachen dafür bei den Betroffenen selbst zu suchen, wie etwa Impulse zur Stärkung des Gründergeists von Frauen zur Ausschöpfung des Gründungspotentials implizieren (BMW i 2020), greift zu kurz. Die Gründe sind deutlich vielschichtiger. So konnte u.a. gezeigt werden, dass in der Gründungsberatung eine sprachliche Diskriminierung vorliegt, welche reflektiert und aufgearbeitet werden sollte (Halbfas et al. 2020). Wenn Frauen Beratungsleistungen nachfragten, zeigte sich bei den Gründungsberater*innen z.B. die klare Tendenz, die Kommunikation mit den Frauen steuern und deren Handlungen beeinflussen zu wollen und damit den nachfragenden Frauen weniger Antwortfreiheiten zu ermöglichen.

Aufgrund der Digitalisierung ist anzunehmen, dass eine ähnliche Diskriminierung auch im digitalen Raum zu finden ist. Diskriminierung, so das Verständnis, dem wir hier folgen,

„besteht in der gesellschaftlichen Verwendung kategorialer Unterscheidungen, mit denen soziale Gruppen und Personenkategorien gekennzeichnet und die zur Begründung der Rechtfertigung gesellschaftlicher (ökonomischer, politischer, rechtlicher, kultureller) Benachteiligungen verwendet werden.“ (Scherr 2010: 9)

Ein Großteil der deutschen Bevölkerung verwendet bereits jetzt digitale Medien, beispielsweise nutzten schon im Jahr 2016 88% der deutschen Bevölkerung das Internet (ITU 2016). Daher verschieben sich viele administrative Abläufe in die digitale Welt, u.a. auch die der Gründungsinformation, -beratung und finanziellen Förderung. Diskriminierende Algorithmen und Fairnessprobleme in der Digitalisierung sind in den letzten Jahren ein wichtiges Thema geworden: Es konnte beispielsweise gezeigt werden, dass vortrainierte Sprachmodelle – mathematische Modelle, welche zur automatischen Verarbeitung von Text in Software verwendet werden – Diskriminierungen enthalten (Kurpicz-Briki 2020). Auch die Fairness diverser anderer softwarebasierter administrativer Verfahren wurde infrage gestellt (Dräger/Müller-Eiselt 2019), so auch bei algorithmenbasierten Kreditentscheidungen auf Kredit-Portalen (Orwat 2019: 49-52; Bartlett et al. 2019). Daraus abgeleitet stellt sich zum Beispiel im Bereich der Gründungsfinanzierung die Frage, ob und inwiefern algorithmenbasierte Auswahlprozesse Diskriminierungen fortschreiben oder diesen gar entgegenwirken können: Denn trotz der festgestellten Mängel sehen Hernandez et al. (2019) auch Chancen, dass gerade Algorithmen Geschlechtsstereotype reduzieren können, die aktuell dazu führen, dass Frauen tendenziell weniger finanziert werden als Männer. Festzuhalten ist, dass algorithmenbasierte Entscheidungen nicht zwangsläufig wertfreier als menschliche Entscheidungen sind. Das liegt daran, dass hier die Werteinstellungen der Personen, die sie programmiert haben, zum Ausdruck kommen (Orwat 2019: 22). Die Kontrolle der künstlichen Intelligenz

Differenzen (ir)relevant machen? Antidiskriminierungsarbeit im Spannungsfeld von Dekonstruktion, Normalisierung und Empowerment

Tinka Greve

Im folgenden Beitrag geht es um die Frage der Sichtbarmachung von gesellschaftlich wirkmächtigen Kategorien wie beispielsweise im Kontext von geschlechtlicher Zugehörigkeit. Es wird darüber reflektiert, was die ständige Wiederbenennung von Kategorisierungen für die diskriminierte Gruppe bedeutet und inwiefern sich Antidiskriminierungsarbeit immer in einem unauflösbaren Spannungsfeld bewegt. Dafür wird auf die pädagogische Theorie des Trilemmas der Inklusion¹ (Boger2019a) zurückgegriffen. Zum Schluss wird eine Antwort darauf gegeben, was diese Überlegungen für die praktische Gestaltung von sozialen Projekten² bedeuten.

Vor einiger Zeit gab ich einen Workshop für junge Trainer*innen der politischen Bildungsarbeit, der zum Ziel hatte, die Teilnehmenden für gesellschaftliche Machtungleichheiten zu sensibilisieren. Die Gruppe bestand aus jungen Erwachsenen, fast alle gleich alt, weiß und sich im Studium befindend. Zu Beginn machte ich mit ihnen das Positionsbarometer, eine Übung, bei der sich die einzelnen Personen zu gewissen Aussagen im Raum positionieren sollten und damit ihre Zustimmung oder ihre Ablehnung gegenüber einer bestimmten These ausdrücken konnten. Die Gruppe war sich stets einig. Gegen Ende hin wurde jedoch das Positionieren zu Statements wie „Frauen werden in Deutschland nicht mehr diskriminiert“ boykottiert: Die Aussage wären zu homogenisierend und die Gruppe von „Frauen“ würde es so in der Realität nicht geben, weshalb generell Bezeichnungen wie „alle Frauen“ oder „alle Männer“ abzulehnen seien. Ich geriet ins Stocken.

Mit der Infragestellung von sozialen Kategorien und Binaritäten wie Frauen/Männer stellten die Teilnehmenden letztlich eine Grundfrage: Inwiefern sollten Differenzen zwischen Personen(gruppen) sichtbar oder unsichtbar gemacht werden? Führt kategoriales Denken und Handeln zum Abbau von ungerechten Strukturen, weil erst dadurch Diskriminierung erkannt und kritisiert werden kann? Oder werden Kategorien durch die ständige Wiederbenennung aufrechterhalten, obwohl doch das Ziel sein sollte, sie zu dekonstruieren? Deutlich wird, dass Diskriminierungserfahrungen und Benachteiligungskategorien weitaus komplexer sind, als dass eine Bezeichnung wie „alle Frauen“ oder „alle nicht-cis-Männer“ ausreichen würde, um spezifische und verwobene Benachteiligungen zu benennen. Im Folgenden wird

1 Der Begriff Inklusion bedeutet den Einbezug aller Menschen in die Gesellschaft, unabhängig von ihren jeweiligen Identitätskategorien. Inklusion ist damit das Gegenteil von Diskriminierung und dem Ausschluss von marginalisierten Gruppen.

2 Mit Projekten sind an dieser Stelle soziale Projekte von gemeinnützigen Trägern und Vereinen gemeint, die zum Ziel haben, ein gesellschaftliches Miteinander zu fördern, marginalisierten Gruppen zu stärken und diskriminierende Strukturen abzubauen.